



„Wir haben hier massive Angriffe von Rechtsaußen auf die RBG“: Kultusminister Grant Hendrik Tonne am Donnerstag im Audimax. FOTO: CHRIS GOSSMANN

# Tonne: „Angriffe gegen die Demokratie thematisieren“

Professor für Öffentliches Recht stärkt Lehrern den Rücken / Uni Hildesheim gründet „Demokratienetzwerk“

Von Christian Harborth

**Hildesheim.** Niedersachsens Kultusminister Grant Hendrik Tonne fordert die Lehrer im Land auf, undemokratisches Vorgehen aus dem politischen Raum auch weiterhin in den Schulen zum Thema zu machen. „Wenn eine Partei wie die Alternative für Deutschland unsere Demokratie angreift, ist es die Pflicht unserer Schulen, das auch zu thematisieren“, sagte Tonne am Donnerstag im Audimax der Universität.

Dort hatten sich am Abend rund 200 Gäste auf Einladung des Zentrums für Bildungsintegration versammelt. Studenten und die Zentrumsdirektorin, Professorin Viola Georgi, hatten die Veranstaltung mit dem Titel „Allianzen für Demokratie in der Schule“ als Reaktion auf den Konflikt rund um die Robert-Bosch-Gesamtschule (RBG) auf die Beine gestellt.

Die AfD hatte die Kompetenz des

Schulleiters René Mounajed hinterfragt, auf einer islamfeindlichen Internetseite wurde anschließend heftig gegen den Schulleiter und die Gesamtschule gepöbelt (die HAZ berichtete). „Wir haben hier massive Angriffe von Rechtsaußen auf die RBG“, sagte Tonne. Der Minister hatte sich von Anfang an hinter die Gesamtschule in der Nordstadt und deren Leiter gestellt. „Die Grundpfeiler unserer Demokratie werden mit Füßen getreten“, sagte Tonne. „Das Wichtigste ist nun, dass wir uns dagegen zur Wehr setzen.“

In welchem rechtlichen Rahmen sich Lehrer bewegten, wenn sie im Unterricht ihre Meinung äußern, machte Michael Wrase, Professor für Öffentliches Recht an der Uni, deutlich. So sei es tatsächlich so, dass sich Lehrer – wie von der Landes-AfD gefordert – in „politischer Zurückhaltung“ üben müssten. Die Partei hat ein heftig kritisierendes Internetportal freigeschaltet, auf dem Schüler und Eltern Lehrer mel-

den können, die sich nicht daran halten. Mit „politischer Zurückhaltung“ sei aber nicht gemeint, dass die Lehrer ihre Meinung im Unterricht zu verbergen hätten. „Sie dürfen keine Propaganda betreiben oder ihre Meinung erzwingen“, sagte der Bildungsexperte. Ihre Meinung frei äußern hingegen sehr wohl.

Uni-Präsident Wolfgang-Uwe Friedrich riet zur Gelassenheit. „Zu keinem Zeitpunkt hat es eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft gegeben, in der nicht auch radikale und extremistische Stimmen laut wurden“, sagte Friedrich. „Sie müssen beobachtet werden, man muss sich mit ihnen auseinandersetzen und gegebenenfalls ist ein starker Staat gefordert, um diese Kräfte in die Schranken zu weisen.“

Mounajed stellte die Reaktion der Gesamtschule auf die Angriffe vor – unter anderem das Toleranzfestival vom 19. bis 21. September.

„Wir haben alle politischen Parteien eingeladen, auch die AfD“, sagte der Schulleiter. Nach einer Podiumsdiskussion trafen sich Studenten, Schüler und andere Teilnehmer zur Arbeit in Gruppen. Geplant ist, hieraus ein „Demokratienetzwerk“ für ganz Niedersachsen zu knüpfen.